

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nechrichen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**  
die einseitige Zeitzeile  
über deren Raum 20 J.  
außerhalb des Bezirks  
22 J. bei Auskunftsverteilung  
durch die Geschäftsstelle  
30 J. extra.  
Reklame-Zeile 50 J.  
Bei größeren Aufträgen  
entsprech. Rabatt, der in  
Falle des Mahnverfahrens  
hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen:  
Annahme 8 Uhr vorm.  
Fernsprecher Nr. 4.  
für telef. Aufträge wird  
keinerlei Gebühr übernommen.

Nr. 130.

Neuenbürg, Samstag den 7. Juni 1919.

77. Jahrgang.

## Rundschau.

Der Spartakistenprozess gegen Görnle und Genossen, der gegenwärtig in Stuttgart verhandelt wird, ist ein Saupspiel vor unserer Hinrichtung durch die Feinde und er wird — bei aller Hochachtung vor dem Gerichtshof selbst — ein Gespül des Salzenhumors in jedem ernsthaft denkenden Menschen, sicherlich aber in jedem Politiker, der die Verantwortung und die Gegenwart einigermaßen überschaut. Die Leute, die die Revolution vom 5. und 9. Januar für sich extra gemacht haben, sind uns durchaus unympathisch, der Hund alles nur nicht dumme. Zu ihrer Verteidigung lagen sie die jetzige Regierung, auf Grund welchen Rechtes die Justizisten vom Januar des Hochverrates und Aufruhrs angeklagt werden durch die Männer, die am 9. November der Lehremeister waren und ihnen gezeigt haben, wie man politische macht. Wenn ein buchlicher Schuster a la Minzenberg oder der Berse machende Schreiner, Rüd und Genossen sich dagegen auskennen, von dem Ministerium Bloß Heymann, Hagemann etc. dem Gefängnis oder Zuchthaus überliefert zu werden, weil sie nichts anderes tun wollten, als angeblich das von den jetzt an der Macht befindlichen Herren unvollendete Werk zu vollenden, so ist das weder logisch, noch irgendwo formgerecht, aber der schlechte Menschenverstand wird doch nicht ganz an der Frage vorbeikommen, ob nicht die Spartakisten ein nicht billiger sein darf, was dem anderen nicht war. Die Spartakisten a la Görnle sagen kurz und knapp zur jetzigen Regierung: Ihr stellt Euch auf den Standpunkt des alten Rechts, denn nach dem neuen Recht der Revolution dürft ihr uns nicht anklagen. Nach dem alten Recht aber ist, da Wilhelm II. abgedankt hat, Herzog Württemberg König von Württemberg und Ihr seid Hochverräter, im mindesten ebenso gut vor Gericht gehören wie wir.

Wir haben es dieser Tage wieder in den Stuttgarter Sitzungen lesen können, daß es so nicht weitergeht. Die emanzipatorischen der Revolution auf der Eisenbahn haben in Freiheit der Reisenden durch die Freiheit eines großen Ausmaßes von unbotmäßigen Menschen längst untergraben. Nun hat in der Nähe von Stuttgart den Notwildpark des Königs jedermann zugänglich gemacht, dazu die dort liegenden Seen für die Nahwasserzuführung der Stadt Stuttgart. Jetzt lassen die Repräsentanten des neuen Systems ihre Hände dort haben und haben den Park in eine Stätte der Kultur umgewandelt. Geht es so weiter, dann ist der Schaden gar nicht wieder gut zu machen. Da sind manchem die letzten Illusionen vom Sozialismus und der Revolution zerfallen. Bis tief hinein in die alte sozialdemokratische Partei kann man heute das Wort vernahmen: ja wenn wir nicht hätten, daß diese Menschen so wenig reif für die Freiheit sind! Wie sagte gleich Hauptmann in der Nationalversammlung? „Ja wenn die Soldaten und Arbeiter am 9. November gewußt hätten, was sie heute wissen! Das sind die Leute, denen sie es versprochen, zweitens ob sie ihr Verhalten überhaupt würden halten können.“

Die Landesversammlung, die am nächsten Dienstag wieder zusammentritt, sollte sich doch einmal auch mit diesen Fragen befassen. Es wird ja gewiß sehr nützlich sein, wenn in unserer Landwirtschaft eine eigene Standesvertretung gibt und es harret auch noch so manche andere Aufgabe der Lösung, aber in solchen Zeiten wäre eine gründliche politische Aussprache doch sehr am Platze. Den Anlaß dazu gibt vielleicht die Ernennung eines mit der katholischen Kirche verfallenen Leiters des kath. Lehrerseminars in Rottweil und die Tatsache überhaupt, daß die Interessen beider kirchlichen Konfessionen dem Kultminister Heymann anvertraut sind. Auch der Ausfall der evangelischen Landeskirchenwahlen, der überall einen gewaltigen Sieg der positiven protestantischen aber die Anhänger der sogenannten freien Volkstirche ergab, ist doch eine deutliche Mahnung dazu, daß an die Spitze des Kultministeriums ein Mann gehen, der das Vertrauen der christlichen Bevölkerung des Landes besitzt. Selbst das neue bayerische Ministerium, das doch jetzt auch nach dem Koalitionsystem gebildet wurde, hat einen solchen Stein des Anstoßes zu vermeiden gewußt.

Unter solchen inneren Schwierigkeiten sollen wir nun die politischen Prägungen des Gewaltfriedens ertragen. Da ist es doch kaum ein Wunder, daß am Rhein einige Hitzköpfe über gar Verbrecher mit dem Gedanken spielen, das Rheinland von dem künftigen Schicksal Deutschlands zu trennen, das jetzt auch noch das Räteystem in seine Verfassung aufnehmen und damit jede wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit untergraben will. Selbstverständlich haben die Menschen, die da am Rhein mit den Franzosen liebäugeln und das Rheinland verraten, unsere Achtung verdient. Es gibt Verbrecher, denen man milde Umstände zubilligt, die man aber

gleichwohl einsperrt. Und Verbrecher sind sie. Wie die weit überwiegende Mehrheit über sie denkt, haben sie wiederholt am eigenen Leibe verspürt. Volksgerecht, Gottesgericht! Die Lage ist so bitter ernst, daß unsere Oberste Heeresleitung neulich sich zu einer Rundfrage veranlaßt sah, ob das deutsche Volk wirklich noch willens und in der Lage sei, im äußersten Falle wieder zu den Waffen zu greifen; aber man hat die Aussichtslosigkeit gleich eingesehen, als die Regierung in Berlin die Rundfrage verbietet. Und so bleibt uns nichts anderes übrig, als unser Schicksal in Versailles abzuwarten.

Graf Brockdorff-Rantzau hat einen ausführlichen Gegen vorschlag gemacht, der die öffentliche Meinung der feindlichen Auslande lebhaft beschäftigt. Man hat sogar schon von einer Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland gesprochen. Nehalsche optimistische Folgerungen waren schnell bei der Hand. Aber wir haben nichts zu erhoffen, mögen auch in Frankreich und England Arbeiterunruhen ausbrechen, mag es sogar in Canada zum Streit gekommen sein, mögen die Mohammedaner in der Welt unruhig werden und selbst unter dem Bieterrat in Versailles Meinungsverschiedenheiten an der Tagesordnung sein, — die Beuteinteressen unserer Feinde sind alle gleich groß, nicht darum haben sie Streit untereinander, ob und wie viel Beute gemacht wird, sondern wie die Beute zur Verteilung gelangt. Gemacht wird sie unter allen Umständen und genommen von uns. Mit diesem Pfingstgruß haben wir uns abzusenden. Das hehre Fest kann uns heuer nichts besseres bedeuten, als daß wir aus den Tatsachen lernen und den Mut finden, wenigstens die Ehre der Nation zu retten, wenn alle anderen Güter verloren gehen.

## Deutschland.

Stuttgart, 6. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat auf Antrag Keil beschlossen, folgende Interpellation einzubringen: Ist der Regierung bekannt, daß die großen Einkommen und Vermögen auf den verschiedensten Wegen, insbesondere durch Abwanderung, nach dem Ausland, der steuerlichen Erfassung entzogen werden? Ist ihr weiter bekannt, daß den Reichsfinanzen unabsehbarer Schaden zugefügt wird, durch die Annahme der Kriegsanleihe zum Nennwert beim Verkauf von Staatsanleihen? Ist die Regierung bereit, in kürzester Frist der Nationalversammlung Gehör zu geben zur schärfsten Erfassung der Kriegsgewinne und der großen Einkommen, sowie zur Erhebung einer allgemeinen progressiven Vermögensabgabe vorzulegen? Ist sie ferner bereit, die Inzahlungnahme der Kriegsanleihe zum Nennwert sofort einzustellen? Als Redner zur Begründung der Interpellation wurde laut „Schw. Tagwacht“ Keil bestimmt.

München, 6. Juni. Nach der gestern erfolgten Vollstreckung des Urteils gegen Lewine-Rissen dürfte der Generallieferant aufs neue zum Ausbruch kommen. Auch die Stimmung der großen Massen der Mehrheitssozialisten, deren Organ die „Münchener Post“ ist, ist äußerst gereizt wegen des Vorgehens der Regierung. Für die Beschäftigten ist erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet worden. Das Organ der Unabhängigen, die „Neue Zeitung“ ist von der Stadtkommandantur unter Verzensur gestellt worden. Infolge dessen hat das Blatt sein Erscheinen eingestellt.

München, 6. Juni. Die Münch.-Augsb. Abendzta. gibt ein Privattelegramm wieder, wonach Clemenceau den französischen Arbeiterführern gegenüber erklärte, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedens heimbeordert würden.

Wiesbaden, 6. Juni. Der neue „Präsident“ Dörten hält sich in seiner „Residenz“ Wiebich auf, da ihm wegen den Drohungen der Arbeiter Wiesbaden zu unsicher geworden ist. Bei seinen Ausfahrten begleiten ihn zu seinem Schutze stets 2 französische Offiziere.

Berlin, 6. Juni. Gestern Mittag reisten Oberbürgermeister Adenauer-Köln, Geh. Kommerzienrat Dagen, der Abgeordnete Naumann, Regierungspräsident von Stark und der Vertreter des Zentrums, Rechtsanwalt Lannartich-Koblenz, nach Versailles ab, wohin sie zu vertraulichen Besprechungen geladen wurden.

Berlin, 6. Juni. Von den im Zusammenhang mit der Austreibung der rheinischen Republik verhafteten Abgeordneten und Lehrern sind gestern morgen 10 Leute als Ausgewiesene in Darmstadt eingetroffen. Die Behandlung einzelner durch die französischen Befehlsbehörden wird zur schwierigen Aufgabe. Man hat einen Teil der Verhafteten im Gefängnis 24 Stunden ohne jedes Essen gelassen. Namentlich die Lehrer hatte man besonders mißhandelt. Ein Zeichenlehrer, welcher den Krieg als Reservoffizier mitgemacht hat, wurde von den französischen Offizieren mit der Reitpeitsche und Häuten ins Gesicht geschlagen. Außerdem schimpften französische Offiziere ihn Schwein und Lump.

In gleicher Weise erging es anderen Lehrern, ebenso auch dem verhafteten Vorsitzenden des Buchdruckerverbands. Alle diese Leute weisen im Gesicht noch die Spuren der Mißhandlungen auf.

Berlin, 6. Juni. Heute mittag waren die Führer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten in dem parlamentarischen Ausschuss der Nationalversammlung zusammengetreten, um eine gemeinsame Stellungnahme für den Fall zu vereinbaren, daß die feindliche Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge unannehmbar sei und der Friede nicht zustande kommen sollte. Es wurde zunächst über die in den Fraktionsitzungen der letzten Tage bei den verschiedenen Parteien zu Tage getretenen Stimmungen und Pläne berichtet. Von Seiten der demokratischen Führer wurde nachdrücklich auf die Einstimmigkeit des gefassten Fraktionsbeschlusses hingewiesen, die Unterzeichnung unter dem Friedensvertrag zu verweigern, falls nicht wesentliche Zugeständnisse gemacht werden.

Berlin, 6. Juni. Die Deutsche nationale Fraktion der deutschen Nationalversammlung fordert, daß die Nationalversammlung beschliesse, sowohl die Friedensbedingungen der Entente wie die Gegenvorschläge der deutschen Regierung als unerfüllbar und unerträglich und als mit der Zukunft und Ehre des deutschen Volkes unvereinbar abzulehnen. Der Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das Deutsche Reich soll ausschließlich durch Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich geregelt werden.

Berlin, 6. Juni. Zur Nachricht über Zugeständnisse, die unter den Alliierten beraten würden, hinsichtlich der Volksabstimmung in Oberschlesien, der Aenderung der Finanzbestimmungen und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sagt das „Berl. Tagbl.“: Durch solche Zugeständnisse würde der Vertrag noch nicht annehmbar sein. Deutschland kann, was den Osten betrifft, ebensowenig Danzig wie Westpreußen und Oberschlesien einfach den Polen ausliefern lassen. Im übrigen haben die Franzosen durch ihr Vorgehen im Rheinland uns und hoffentlich der ganzen Welt bewiesen, welche Zustände und welche Gefahren für den Frieden entstehen müßten, wenn man sie 15 Jahre lang des Rheingebiets besetzt halten ließe. Ferner müßten, damit der Vertrag annehmbar würde, nicht nur die finanziellen, sondern vor allem die wirtschaftlichen Bedingungen geändert werden.

Berlin, 6. Juni. Zu der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums teilen die Morgenblätter mit, daß die Räteorganisation sofort durch ein besonderes Reichsgesetz noch vor Verabschiedung der Verfassung ins Leben zu rufen sei. Neben einer regierenden Organisation legt das Reichswirtschaftsministerium entschiedenes Gewicht auf eine sachliche Organisation, um die Wirtschaft auf ihrem Fachgebiet nach den von der Reichsgesetzgebung aufzustellenden Grundregeln zu leiten. Auch Vertreter des Handels und der Verbraucher sollen sich und Stimme erhalten. Die Gesamtarbeit der Arbeitnehmer soll hinsichtlich der gemeinwirtschaftlichen Beeinflussung der Wirtschaft die gleichen Rechte und damit auch die gleichen Verantwortlichkeiten zugesichert erhalten werden wie das Unternehmertum.

Berlin, 5. Juni. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt den Reichsminister Erzberger abermals gegen den Vorwurf in Schutz, für die vorbehaltlose Unterzeichnung des Friedens gesprochen zu haben. — Wegen der Mannheimer Falsche am 22. und 23. Februar wurden von der Strafkammer Mannheim die Meistbelasteten zu Gefängnisstrafen bis zu acht Monaten verurteilt.

## Ausland.

Prag, 6. Juni. Hier erwartet man die völlige Zahlungseinstellung Oesterreichs für Mitte Juli. Nach einem Beschluß der Alliierten soll der Goldvorrat der bisherigen österreichisch-ungarischen Bank zwischen den neuen Staaten der alten Habsburger Monarchie aufgeteilt werden, soweit er nicht der Entente zur Sicherheit dienen wird.

Bern, 5. Juni. Im „Journal de Geneve“ weist der Genfer Grobtrabbiner ein vom polnischen Geschäftsträger in Bern herausgegebenes Dementi der Nachricht zurück, daß nach Einstellung der Feindseligkeiten an 450 Oeten Programme stattgefunden hätten. In Warschau hätten, nach dem Zeugnis des Präsidenten der amerikanischen Judenkomitees, Marshall, die polnischen Legionäre nach ihrer Ankunft in der Stadt 200 Juden, Greise und Kinder, getötet, alle Häuser geplündert und 10000 Juden aus der Stadt verjagt.

Versailles, 6. Juni. Seit einigen Tagen enthalten sozialistische französische Blätter Andeutungen über Zwischenfälle in Loulouje. Auch haben sozialistische Deputierte die Absicht, über diese Zwischenfälle in der Kammer zu interpellieren. Es scheint, daß die dort stehenden Regimenter gemeutert haben.



Leitung so für die Fremdenlegion „genommen“ hat, auf über 2000.

### Handel und Verkehr.

**Nagold, 5. Juni.** Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 193 Milch- und 148 Läufer Schweine. Verkauft wurden 142 Milchschweine mit einem Gesamtterls von 29.820 Mark und 123 Läufer Schweine mit 47.740 Mark Gesamtterls. Der Einzelpreis für das Paar Milchschweine betrug 310-450 Mark, für das Paar Läufer Schweine 620 bis 920 Mark.

### Neueste Nachrichten.

**Biesbaden, 6. Juni.** In der Pfalz befürchtet man für die Pfingsttage einen neuen Putschversuch unter Mitwirkung der Franzosen und zugereister Offiziere. Für Alt-Rhein scheint nach dem lächerlichen Ergebnis des gemeldeten Putschversuchs die „rheinische Republik“ erledigt zu sein. In Rheinhessen suchen die französischen Militärbehörden die Republik aufrechtzuerhalten. U. a. wendet sich General Mangin mit einem Aufruf an die Eisenbahner, in dem er sie für „militärisch requiriert“ und jede Fortsetzung des politischen Streiks für militärische Gehorhamsverweigerung erklärt.

**Koblenz, 6. Juni.** Im Pulverlager Mählheim bei Koblenz flohen gestern aus unbekannter Ursache einige Körbe mit Kriegsmunition in die Luft. Sieben Arbeiter wurden schwer verletzt, viele leicht. Nur dem mutigen Eingreifen eines Lokomotivführers, eines Heizers, eines Regierungsprotes und zweier amerikanischer Offiziere ist es zu verdanken, daß unabsehbares Unglück verhindert wurde. Sie drangen nämlich durch den Kugelhagel vor und holten einen in dem Lager stehenden mit 18.000 schweren Granaten beladenen Eisenbahnzug heraus.

**Berlin, 6. Juni.** Die Mitglieder der Nationalversammlung wurden vom Präsidenten Fehrenbach ersucht, vom 12. Juni an in Weimar anwesend zu sein. — Der Friedensausschuß der Nationalversammlung wird morgen zu einer Sitzung zusammentreten, in der die Vertreter der Regierung über den gegenwärtigen Stand der Friedensfrage berichten werden.

**Berlin, 6. Juni.** Laut der W. Z. a. N. hat Ministerpräsident Scheidemann unter ausdrücklicher Betonung, daß ein amtlicher Schritt nicht möglich sei und auch nicht hochsichtig werde, an den bayerischen Ministerpräsidenten Hofmann die drohliche Bitte gerichtet, die Urteilsvollstreckung gegen Levine-Nissen bis zur mündlichen Aussprache zwischen den beiden Ministerpräsidenten aufzuschieben. Das Urteil sei jedoch bereits vollstreckt, bevor diese Bitte wirksam werden konnte.

**Berlin, 6. Juni.** Heute nachmittag hat in Berlin ein Proteststreik aus Anlaß der Hinrichtung Levine-Nissens begonnen, der 24 Stunden dauern soll. Um 3 Uhr stellten die Straßenbahner den Betrieb ein.

**Berlin, 6. Juni.** Eine große Anzahl von Todesfällen werden gemeldet, die sich infolge von Unfällen bei den Aufräumungsarbeiten infolge der Explosion von Wägen, Granaten usw. ereignen. Bei der Sprengung der aufgefundenen Blindgänger wird in der Weise verfahren, daß die Sprengung vor sich geht, ohne daß die in der Nähe arbeitenden deutschen Kriegsgefangenen in entsprechender Weise vorher gewarnt worden wären. Wegen dieser, allen Menschlichkeitsbegriffen hohnsprechende Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen ist nachdrücklich bei der englischen Regierung Einspruch erhoben worden.

**Berlin, 6. Juni.** Der im Prozeß wegen Tötung Viehwechts und Rosa Luxemburgs verurteilte Oberleutnant Vogel, der nach Holland entkommen war, hat sich dort der Polizei gestellt und ist vorläufig interniert worden.

### Zu den Vorgängen im Rheinland.

**Berlin, 6. Juni.** In den letzten Tagen sind wiederum bei den zuständigen Stellen eine große Zahl von Schreiben und Telegrammen eingegangen, in denen aus schärfste gegen die Sonderrepublik Rheinland protestiert wird. Insbesondere haben pfälzische und nassauische Männer erklärt, in der schweren Stunde treu zum Reich zu halten.

**Verfaillés, 7. Juni.** Die gestern hier eingetroffenen Vertreter der Rheinlande hatten eine längere Konferenz mit der Friedensdelegation. Die Besprechung hatte vor allem den Zweck, den Grafen Rantzau und die übrigen Mitglieder der Delegation über die politischen Strömungen in der Rheinprovinz zu informieren. Es ergab sich, daß nach der Auffassung aller Herren die rheinische Bevölkerung ohne Unterschied der politischen Parteirichtung, des Standes und der religiösen Anschauungen fest zum Deutschen Reich hält und daß irgendwelche deutsch-feindliche Einflüsse in den gesamten Ländern am Rhein nicht nur auf Verständnislosigkeit, sondern auf entschlossenen Widerstand stoßen werden.

**Verfaillés, 6. Juni.** In einem Münzler Brief der „Humanität“ heißt es, die Ausrüstung der rheinischen Republik sei eine schamhäßige Komödie für das Ententeublikum und eine Tragödie für die Rheinländer. Was sei denn diese Republik anderes als das willkürliche Werk der Entente, die von interessierter Seite unterstützt wurde und die die öffentliche Meinung über das wahre Empfinden des rheinischen Volkes täusche, denn daran sei kein Zweifel, daß der Rheinländer aus Empfinden und Interesse Deutscher sei und sich nicht von Deutschland trennen wolle. Wenn schon die Stimme des rheinischen Volkes sich nicht Gehör verschaffen könne, so dürfe es nicht geistlich, daß auch eine französische Stimme nicht ihrer Empörung über diese perfide Gewalttat, diese Verhöhnung und Verleumdung aller Grundsätze, für die die Entente kämpfte, Ausdruck verleihen.

### Aus Verfaillés.

**Verfaillés, 6. Juni.** In den Kreisen der deutschen Delegation glaubt man eine leichte Besserung der Lage feststellen zu können. Man hofft immer noch, daß es zu münd-

lichen Verhandlungen kommen werde, verfolgt aber mit wachsender Besorgnis aller Nachrichten über ein weiteres Umsichgreifen der Lostrennungsbestrebungen in der Heimat.

**Verfaillés, 6. Juni.** Die dem Völkerverbund feindlich gegenüberstehenden amerikanischen Republikaner haben eine neue Plattform gefunden, von der aus sie scharfe Pfeile auf Wilson schießen. Sie lassen durch den Mund des Senators Lodge erklären, daß sie eine genaue Untersuchung darüber werden lassen, ob und inwieweit die Finanzwelt am Völkerverbund interessiert ist, und ob diese finanzielle Quelle die Propaganda zu Gunsten der Annahme des Clemenceauschen Entwurfs unterstützt habe.

**Paris, 6. Juni.** Lloyd George, der auf gewisse in den Blättern veröffentlichte Meldungen, wonach bestimmte Arbeiterführer und einflussreiche Persönlichkeiten auf ihn einen Druck ausgeübt hätten, damit er dafür sei, die Bedingungen des Friedensvertrags in einem für Deutschland günstigen Sinne abzuändern, aufmerksam gemacht worden ist, hat daraufhin die Ermächtigung gegeben, diese Meldungen zu dementieren.

**Amsterdam, 7. Juni.** „Manchester Guardian“ vom 4. Juni meldet aus Paris, in verantwortlichen amerikanischen Kreisen werde über die Meldung der „Chicago Tribune“, wonach Präsident Wilson sich energisch gegen jede Milderung der Friedensbedingungen mit Deutschland sträuben solle, nur gelächelt. Diese Meldung müsse daher mit Vorsicht behandelt werden. Es würden im Gegenteil wesentliche Änderungen erhoben.

### Die britische Arbeiterpartei zu den Friedensbedingungen.

**Rotterdam, 7. Juni.** Dem Nieuwe Rotterdamischen Courant zufolge sind in dem von der Arbeiterpartei im britischen Parlament unter der Leitung der Partei verfaßten Manifest gegen die Friedensbedingungen noch folgende Sätze enthalten: Der Vertrag bedeutet die Schändung der Grundsätze, die in den Beschlüssen der Arbeiter und Sozialisten enthalten sind. Er schändet auch den Vertrag, auf Grund dessen der Waffenstillstand unterzeichnet wurde und ist daher eine Verneinung des Geistes und des Buchstabens der Erklärungen Wilsons, Lloyd Georges und anderer Staatsmänner der Alliierten. Im Vertrag wird an Frankreich der vollständige Besitz der Kohlenbergwerke im Saarbecken abgetreten. Die Bedingungen im Waffenstillstandsvertrag haben niemals auf diese Möglichkeit hingewiesen. Frankreich muß zweifellos von Deutschland genügend Kohlenvorräte erhalten, damit es für den zeitlichen Verlust seiner eigenen Hilfsquellen entschädigt wird. Diesen Ansprüchen kann Genüge getan werden, ohne daß die Bevölkerung des Saargebietes unter eine neue Verwaltung gestellt wird. Die Bestimmung im Vertrag, der zufolge die deutsche Regierung nach Verlauf von Jahren die Bergwerke im Saarbecken gegen eine abgeschätzte Summe zurückkaufen muß, ist eine Schändung der Grundsätze der Selbstbestimmung und bedeute eine verkappte Annexion.

### Oberamt Neuenbürg.

**Öffentl. Schutzimpfung gegen Schweinerotlauf.**  
Diejenigen Schweinebesitzer, die ihre Schweine der öffentlichen Schutzimpfung unterziehen lassen wollen, werden aufgefordert, ihre Tiere innerhalb 8 Tagen bei den Schultzeämtern anzumelden.

Die Schultzeämter haben die Anmeldeverzeichnisse spätestens bis 15. Juni 1919 an das Oberamt einzuliefern.  
Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der öffentlichen Schutzimpfung Entschädigungen sowohl für Impferluste als auch in Fällen ungenügenden Impfschutzes gewährt werden.  
Den 5. Juni 1919. Killig, Reg.-Assessor.

### Althengstett, Oberamt Calw.

**Langholzverkauf.**  
Am Mittwoch, den 11. Juni, vorm. 9 Uhr, kommen vom Gemeindevald im Submissionsweg auf dem Rathaus zum Verkauf:

I. Klasse	149 Fm.
II. "	153 "
III. "	133 "
IV. "	33 "
V. "	6 "
zus. 474 Fm. Fichten.	

Schriftliche Angebote auf einzelne Lose, oder auf das ganze Quantum, in Prozenten der für den Fortverband Calw gültigen Forsttage pro 1919 ausgedrückt, wollen zu dem angegebenen Zeit eingereicht werden. Auszüge können beim Waldmeisteramt bestellt werden.  
Den 5. Juni 1919. Gemeinderat.

**Geldere Medaillen:**  
**Rud. Kölle**  
Eulingen i. Würt.  
Erzeugung aller Arten von **Holzbearbeitungs-Maschinen**  
Nur erstklassige Ausführungen.  
Bester Maschinenbau- oder Kugellagerbau.  
Kräftigste Bauart. Erste Empfohlungen.  
Viele Tausende im Betrieb.  
Amsterdam u. Wiesbaden 1909, Durlach 1903.

**4-5 Zimmer-Wohnung**  
mit Zubehör zu mieten, oder Einfamilienhaus zu kaufen oder zu mieten gesucht in Neuenbürg, Bösen, Calmbach oder Wilbbad.  
Angebote unter G. S. 10 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

**Magenleidende**  
Lungen- und allerlei andere Kranke sollten nicht veräugen, einen Versuch mit meiner allerneuesten verbesserten Homöopathie zu machen; habe die besten Erfolge.  
**Blessing,**  
Institut für homöopathische Behandlung,  
Pforzheim, Bahnhofstraße 6.  
Sprechzeit täglich von 9-12 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr.  
Auswärts brieflich.

**Lorenz Luz jr. Altensteig**  
Spezialhaus für Jagdgerätschaften.  
Doppelpfeiler-Büchsenflinten, Drillinge, Pirsch- und Scheibbüchsen, Revolver u. Mehrschußpistolen, Geschnitten, Luftgewehre u. Zimmetutzen, allerlei Munition.  
Rucksäcke, Jägerflaschen, Jagdstörcke, Gemaschen, Jagdgürtel, Wilddecken, Niddinger, Feilbestecke, Kochapparate, Feuerzeuge u. s. w. - Mäßige Preise!  
Solide Arbeit!

Gesucht wird zur Beförderung der Geschäfte der Lebensmittelstelle für sofort geeignete und befähigte **Persönlichkeit.**  
Meldungen mit Angabe der Gehaltsansprüche gfl. umgebend an das **Stadtschultheißenamt.**  
Conweiler, Dürre, starkes **Zweispänner-Spreichen** hat zu verkaufen **Karl Faß, Wagner.**  
Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht **H. Calberow, Hamburg 6.**  
Im Hauptbahnhof Neuenbürg sind eine **Glucke** mit 14 Küken (gelbe Italiener) sowie eine 3 Wochen trüchtige **Häsin** und 7 drei Monate alte Jungen abzugeben.  
Pfungweiler. Setze eine 37 Wochen trüchtige, erstklassige **Muh- u. Fahrkuh** mit dem 5. Kalb sowie einen 1/2-jährigen **Stier** dem Verkauf aus **Geschw. Mischke.**

**Im Mittelpunkt der Gesundheitspflege**  
steht  
die elektro-galvanische Heilmethode mittels der **Wohlmuth'schen Schwachstrom-Heilapparate.**  
Zahl **10 000 Familien** haben solche in Verwendung. Tausende von freiwiligen Anerkennungen und Dankschreiben aus allen Kreisen zeugen für seine Güte. Interessenten wird der Apparat unverbindlich vorgeführt. Auffällende Schriften sind kostenfrei zu erhalten von **G. Wohlmuth & Co. Fabrik electro-galv. Heilapparate, Konstanz, Kreuzingerstraße. Kleinverteilung: Theo Glanner, Freiburg i. S.**  
Conweiler. Ein schönes, gelbschädiges **Kind,** 4 Monate alt, hat zu verkaufen **Friedr. Wenz, Söner.** Birkenfeld. Einen Wurf schöne **Milchschweine** zu verkaufen **Hußl, Hauptstr. 10.**

**Arubach.** Einen Wurf schöne **Milchschweine** hat zu verkaufen **Franz Stoll.** Schömberg. Verkauf ein gesundes, kräftiges **Läuferdwein,** unter zwei die Wahl. **S. Georg Reutshler,** bei der Krone. **Rotenbach.** Eine 39 Wochen trüchtige **Kalbin** hat zu verkaufen **Weichenwörter Raamel.** Calmbach. Der Unterzeichnete setzt ein erstklassiges, 9 Monate altes **Zuchtrind** dem Verkauf aus **Fritz Keller, Fuhrunternehmer.** Neuenbürg. **Messing-Auslaufbahnen** prima Qualität, eingetroffen. **Fr. Höhn,** Schlosserei und Installations-geschäft. Würzbach. Eine schwere, schlerfreie **Kuh,** 12 Liter Milch pro Tag gebend, hat zu verkaufen **Michael Luz b. d. Kirche.**

